

71006

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sage Ihnen als Haushälterin: Diese Staatsregierung kennt keine Disziplin bei staatlichen Hochbauprojekten. Die Kosten – das sehen wir jede Woche oder mindestens einmal im Monat im Ausschuss – laufen jedes Mal aus dem Ruder, wenn der Staat baut oder wenn er auch nur als Zuschussgeber dabei ist. Als Stichwörter sind schon "Deutsches Museum Nürnberg" und "Deutsches Museum München" gefallen, obwohl wir da nur mit einem Zuschuss dabei sind. Beim Obersalzberg sind wir inzwischen bei über 30 Millionen Euro. Bei der Venusgrotte sind wir inzwischen bei knapp 60 Millionen Euro.

Deswegen erscheint Ihr Ressort, Herr Minister – da können wir Sie gleich vorwarnen –, regelmäßig im ORH-Bericht. Da kann ich dem Kollegen recht geben, der gerade gesagt hat: Die Zahlen sprechen für sich. – Ja, die Zahlen sprechen wirklich für sich. Daher kommt das im ORH-Bericht vor, weil es hinten und vorne nicht zum Ergebnis passt, im neuesten ORH-Bericht, der in dieser Woche behandelt wird, alleine dreimal: der Wohnraum für Staatsbedienstete, die Hochbauförderung für die Kommunen und dann die heute schon oft zitierte BayernHeim. Überall Chaos, keine Übersicht, wenig Planung und dadurch kein Erfolg. Beim letzten Mal ging es sogar um die handschriftlichen, in Papierform verfassten und aufgehobenen Mitteilungen – ich hoffe, dass wenigstens das inzwischen angegangen wurde –, die seit Jahren im Schrank versauern. Deswegen werde Gewährleistungen bei staatlichen Hochbaumaßnahmen übersehen und laufen ab.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen, die gerade, im Frühjahr waren, haben wir aber gelernt, dass man über Fraktionsreservemittel durchaus entgegen allen Förderrichtlinien Baumaßnahmen vor Ort unterstützen kann, wenn man persönlich, vielleicht im eigenen Stimmkreis, betroffen ist. Ich sagen Ihnen: Das hat nichts mit Ausgabendisziplin zu tun. Das ist keine vernünftige Haushaltspolitik!

(Beifall bei den GRÜNEN)

71010

Am allerteuersten wird es aber, wenn der Ministerpräsident selbst auf Shoppingtour geht. Dann kennt man überhaupt keine Grenzen mehr. Die Grundstücke werden dann um bis zu 90 % über dem Verkehrswert eingekauft: Ich denke an das Karmelitenkloster Straubing. Das Deutsche-Bahn-Grundstück der TU Nürnberg hat man für das Sechsfache des Preises gekauft, zu dem es ursprünglich veräußert wurde. Himbeerpalast Erlangen, Nawareum Straubing – weitere fünf Fälle sind allein bis 2020 im Bericht. Das sind Überwertankäufe ohne Untersuchung im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit, ohne Untersuchung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses. 2021 wurden sogar Regelungen herausgegeben, wie man Überwertankäufe grundsätzlich tätigen möchte. Das sollte doch eine Ausnahme sein, nicht gängige Praxis werden. Es widerspricht im Übrigen auch sehr oft dem EU-Beihilferecht.

Ich bitte Sie ganz dringend: Halten Sie sich an die Verfahren! Halten Sie sich an die Gesetze! Praktizieren Sie unabhängige Wertermittlungen! Der ORH empfiehlt immer so nett: Nutzen Sie die Fachkompetenz aus dem eigenen Haus, aus den eigenen Ins-

titutionen. – So eine haushälterische Disziplinlosigkeit schadet nur dem guten Ruf der Projekte, die zweifelsohne oft sehr gut sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

71013

Wenig nachhaltig ist auch der Umgang mit den vorhandenen Immobilien. Der Bauunterhalt, die Substanzerhaltung, wird immer noch vernachlässigt. Der ORH hat schon 2006 gesagt: Wir haben einen Finanzbedarf von 250 Millionen bis 375 Millionen Euro pro Jahr. – Jetzt, 16 Jahre später, haben wir mehr Gebäude und steigende Baukosten, haben aber immer noch nur 260 Millionen Euro im Haushalt. Das Ergebnis sind heruntergekommene Gebäude. Substanz wird vernichtet. Am Ende wird es noch viel teurer. Oft bleibt nur ein Neubau übrig. Ein Paradebeispiel dafür ist die Universität Regensburg, bei der man es jahrelang reinregnen lassen hat. Jetzt muss man einen Neubau im Bestand, im laufenden Betrieb bewältigen. Das ist die teuerste Variante.

Ich habe noch ein Schmankerl zum Konzerthaus München für Sie: Die Pacht für das leer stehende Grundstück beträgt schon seit 2016 pro Jahr 600.000 Euro. Dazu kommen 300.000 Euro Personalkosten. 20 Millionen Euro wurden schon für die Planung ausgegeben, ohne dass irgendetwas passiert, ohne dass wir uns überhaupt über das Projekt unterhalten. Mit diesem Geld hätte die Kultur in schwierigen Zeiten sehr viel anfangen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Plenarprotokoll 18/113 vom 26. April 2022

Rednerauszug zur Autorisation

Abg. Claudia Köhler (GRÜNE)

4

71016

Kurz und gut: Diese Ankündigungspolitik kommt uns alle wahnsinnig teuer. Sie ist das Gegenteil von nachhaltig. Unsere Empfehlung, Herr Minister: Erst planen, dann kaufen, dann verkünden!

(Beifall bei den GRÜNEN)